

Zweiter Schriftlicher Bericht
des Ausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen
(23. Ausschuß)
über die von der Bundesregierung zur Unterrichtung vor-
gelegten Vorschläge der Kommission der EWG an den Rat für
Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen betreffend
Verkehrswesen
— Drucksache IV/1313 —

A. Bericht des Abgeordneten Faller

Entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 25. Juni 1959 — Drucksache 1187 — wurde dem Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen mit Schreiben vom 11. Juni 1963 die von der Bundesregierung gemäß Artikel 2 Satz 2 des Gesetzes zu den Verträgen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft vorgelegten Vorschläge der Kommission, die sich mit der gemeinsamen Verkehrspolitik befassen, überwiesen.

Die Berichterstattung im Plenum sollte ursprünglich am 27. Juni 1963 erfolgen. Dieser Termin mußte mehrfach verlängert werden, weil der Ausschuß entscheidenden Wert darauf legte, vor seiner Beschlußfassung die Stellungnahme des Europäischen Parlaments kennenzulernen und dort die Beratungen immer wieder verschoben wurden.

In seiner Sitzung vom 6. Februar 1964 hat der Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen aus den fünf Vorschlägen der Kommission, die in der Drucksache IV/1313 enthalten sind, den zweiten Vorschlag, zu dem die Stellungnahme des Europäischen Parlaments bereits vorlag, vorgezogen und dem Plenum das Ergebnis seiner Beratungen in

einem Ersten Schriftlichen Bericht — Drucksache IV/1960 — vorgelegt.

Inzwischen liegt auch die Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu den übrigen vier Vorschlägen der Kommission vor. Der Ausschuß hat deshalb in seiner 59. Sitzung vom 4. November 1964 die Vorlage eingehend beraten. In einer längeren Diskussion wurde festgestellt, daß der Inhalt der Vorlage durch die Änderungsvorschläge des Europäischen Parlaments, die von der Kommission und auch vom Ministerrat weitgehend übernommen wurden, und durch weitere Änderungsvorschläge, die sich aus der Diskussion im Ministerrat ergeben haben und deren Inhalt dem Ausschuß nicht bekannt ist, wesentliche Änderungen erfahren hat. Der Ausschuß kam deshalb zu der Feststellung, daß die Vorlage nicht mehr dem neuesten Stand der Verhandlungen entspricht. Er schlägt dem Plenum vor, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß damit keine Zustimmung zu dem Gesamtinhalt der Vorschläge ausgesprochen wird.

Eine Zustimmung kann auch deshalb nicht erfolgen, weil in wesentlichen Punkten die endgültige Ausrichtung der diesbezüglichen nationalen Ver-

kehrspolitik erst auf Grund von mehreren vom Bundestag angeforderten Gutachten, die zum Teil von der Bundesregierung kürzlich vorgelegt worden sind, zum Teil noch ausstehen, erarbeitet werden muß.

Das Bundesministerium für Verkehr wurde um laufende Unterrichtung des Ausschusses über den Gang der Verhandlungen im Ministerrat in Brüssel gebeten.

Bonn, den 12. November 1964

Faller

Berichterstatler

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

von den folgenden Vorschlägen der Kommission der EWG

Vorschlag für die Richtlinie des Rats über die Vereinheitlichung des Genehmigungsverfahrens für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten

Vorschlag für die Entscheidung des Rats über die Harmonisierung bestimmter Vorschriften, die den Wettbewerb im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr beeinflussen

Vorschlag für die Verordnung des Rats über die Einführung eines Margentarifsystems im Güterverkehr der Eisenbahnen, des Straßenverkehrs und der Binnenschifffahrt

Vorschlag für die Verordnung des Rats über die Bildung eines Gemeinschaftskontingents für den Güterkraftverkehr innerhalb der Gemeinschaft und das dabei anzuwendende Verfahren

Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 4. November 1964

Der Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen

Dr. Bleiß

Vorsitzender

Faller

Berichterstatler